

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses Wirtschaft (9. Ausschuß)**

**zum Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Hermann Bachmaier,
Holger Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
— Drucksache 12/5362 —**

**Die deutsche Wirtschaft durch Senkungen der Leitzinsen
und durch eine europäische Konjunkturinitiative aus der Rezession führen**

A. Problem

Senkung der Leitzinsen und Unterstützung einer europäischen
Konjunkturinitiative

B. Lösung

Ablehnung des Antrags.

Mehrheitsbeschluß

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 12/5362 — abzulehnen.

Bonn, den 8. Dezember 1993

Der Ausschuß für Wirtschaft

Friedhelm Ost
Vorsitzender

Dr. Hermann Schwörer
Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dr. Hermann Schwörer**I.**

Der Antrag der Abgeordneten Dr. Uwe Jens, Hermann Bachmaier, Holger Bartsch, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD wurde in der 182. Sitzung des Deutschen Bundestages am 21. Oktober 1993 an den Ausschuß für Wirtschaft zur federführenden Beratung und zur Mitberatung an den Finanzausschuß und den Haushaltsausschuß überwiesen.

II.

Der Finanzausschuß hat am 1. Dezember 1993 beschlossen, im Hinblick auf die Entwicklung in der Geldpolitik und auf die anstehende Debatte über die unterschiedlichen Auffassungen zur Konjunktur- und Wachstumsinitiative der EU auf ein Mitberatungsvotum zu verzichten.

Der Haushaltsausschuß hat in seiner Sitzung am 10. November 1993 mit der Mehrheit der Koalitionsfraktion gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion der SPD bei Abwesenheit der Vertreter der Gruppen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der PDS/Linke Liste den Antrag abgelehnt.

III.

Ausgehend von der Feststellung, daß sich die Rezession in Deutschland nachhaltig verschärft habe, wegen des Fehlens fast jeglichen finanzpolitischen Handlungsspielraums aber ein konjunkturpolitisches Gegensteuern mit den klassischen Instrumenten der Wirtschafts- und Finanzpolitik nicht in Frage komme, soll die Bundesregierung aufgefordert werden,

- in der Europäischen Union eine Konjunkturinitiative anzuregen,

- die konzertierte Aktion nach dem Vorbild des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes einberufen,
- durch Umschichtung von Haushaltsmitteln notwendige Investitionen in die wirtschaftliche und ökologische Erneuerung vorzuziehen.

Durch das Zusammenwirken dieser Maßnahmen könnten die Voraussetzungen für Zinssenkungen in Deutschland und in den europäischen Nachbarstaaten geschaffen werden. Darüber hinaus soll die Bundesbank aufgefordert werden, die Leitzinsen in deutlichen Schritten zu senken.

IV.

Die Vertreter der Fraktion der SPD führten aus, daß die konjunkturelle Schwächephase noch längst nicht überwunden sei. Eine europäische Konjunkturinitiative, so wie sie vom Präsidenten der Kommission vorgeschlagen worden sei, wäre deshalb sehr sinnvoll. Die Bundesbank habe mit ihrer strikten Geldpolitik konjunkturpolitischen Schaden angerichtet.

Die Vertreter der Koalitionsfraktionen entgegneten, daß der Vorschlag, die Wirtschaft über ein großangelegtes „Deficit Spending“ zu beleben, abgelehnt werden müsse.

Der deutsche Realzins habe ein im internationalen Vergleich niedriges Niveau erreicht. Alle Erfahrungen hätten gezeigt, daß kurzfristige Abwertungen lediglich zu kurzfristigen Erfolgen führten.

Der Ausschuß für Wirtschaft beschloß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P., gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der parlamentarischen Gruppen, den Antrag — Drucksache 12/5362 — abzulehnen.

Dr. Hermann Schwörer

Berichterstatter

